

Kultur ist Lebensmittel

Für uns gehören Kultur und Medien zu einer offenen, bunten und vielfältigen demokratischen Gesellschaft. Kultur und Kunst hinterfragen gesellschaftliche Entwicklungen kritisch und versuchen, diese positiv zu beeinflussen. Kulturschaffen schafft Bewusstsein, Identität und die Freiheit zur Entwicklung des Einzelnen. Medien informieren, klären auf, unterhalten, eröffnen Zugang zu Bildung und Kultur und sind damit unverzichtbar für unsere demokratische Öffentlichkeit. Kultur und Medien schaffen vielfältige Arbeitsmöglichkeiten und besitzen neben ihrem kulturellen Eigenwert auch wirtschaftliche Bedeutung.

Politik für Kultur und Medien ist zentraler Bestandteil der Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion.

Die Kultur- und Medienpolitik des Bundes

Wir haben 1998 mit der Regierungsübernahme von Bundeskanzler Gerhard Schröder das Amt eines Staatsministers für Kultur und Medien etabliert. Durch dieses Amt und den neu geschaffenen Ausschuss für Kultur und Medien mit dem Unterausschuss Neue Medien sowie ab 2005 dem Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik haben wir Kultur und Medien auf Bundesebene erheblich gestärkt. Seitdem haben wir wichtige kultur- und medienpolitische Ziele umgesetzt und die Rahmenbedingungen für Kunst, Kultur und Medien verbessert. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der Großen Koalition die erfolgreich begonnene Kultur- und Medienpolitik des Bundes fortgesetzt. Wir haben viel für Kultur und Medien erreicht und wichtige Impulse gegeben.

Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“

Im Dezember 2007 hat die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ dem Bundestag eine umfassende kulturpolitische Bestandsaufnahme übergeben und damit einen wichtigen Beitrag für die Bundeskulturpolitik geleistet. Eine Reihe der knapp 400, an Bund, Länder und Kommunen gerichteten Handlungsempfehlungen haben wir bereits realisiert, wie zum Beispiel die Stärkung der soziokulturellen Zentren. Wir werden uns in der nächsten Legislaturperiode für die Umsetzung weiterer wichtiger Handlungsempfehlungen einsetzen.

Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz

Wir wollen Kultur als öffentliches Gut stärken sowie die Kultur und die kulturelle Infrastruktur in gemeinsamer Verantwortung von Staat, Zivilgesellschaft und Markt fördern. Wir haben dafür gesorgt, dass Kulturförderung keine Subvention, sondern eine *Investition in die Zukunft* ist. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass der Kulturhaushalt beim Staatsminister für Kultur und Medien in den letzten vier Jahren insgesamt um knapp 10 Prozent stieg. Zusammen mit Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier haben wir erreicht, dass die Mittel für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in der 16. Legislaturperiode insgesamt sogar um ein Drittel erhöht werden konnten. Im Rahmen des Konjunkturpakets II und anderer Maßnahmen wie der Sanierung von Theatern und Museen konnten wir zusätzlich Mittel in Kultur investieren.

Doch Kulturpolitik ist nicht nur eine Frage des Geldes. Es braucht geeignete Rahmenbedingungen, damit sich Kunst und Kultur frei entfalten können und kulturelle Bildung, das kulturelle Erbe und die Kunst der Gegenwart allen Menschen zugänglich sind. Deutschland ist als Gesamtstaat verpflichtet, Kultur zu schützen und zu fördern. Die SPD-Bundestags-

fraktion hat beschlossen, *Kultur als Staatsziel im Grundgesetz* zu verankern. Bisher konnten wir diese Empfehlung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ in der Großen Koalition wegen des Widerstandes von CDU und CSU jedoch nicht umsetzen.



Soziale Absicherung für Kultur- und Medienschaffende

Für uns sind sichere soziale Bedingungen für Kultur- und Medienschaffende wichtig, damit diese kreativ arbeiten können. Wir haben die von der SPD im Jahr 1981 geschaffene Künstlersozialversicherung mit der *Novelle des Künstlersozialversicherungsgesetzes* im Jahr 2007 gesichert und zukunftsfest gestaltet. Darüber hinaus haben wir mit dem *Dritten Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch* einen besseren Sozialschutz für Kultur- und Medien-, insbesondere Filmschaffende verwirklicht. So können künftig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die typischerweise immer nur kurz beschäftigt sind, wie vor allem Beschäftigte im Filmbereich, leichter Arbeitslosengeld erhalten. Bereits nach sechs anstatt zwölf Monaten Beitragszeit innerhalb der zweijährigen Rahmenfrist besteht nun ein Anspruch auf Arbeitslosengeld, wenn der Arbeitnehmer überwiegend bis zu einer Dauer von sechs Wochen beschäftigt ist.

Geistiges Eigentum schützen

Wir wollen, dass Kultur- und Medienschaffende und Kreative von ihrer Arbeit leben können. Das Urheberrecht und das Urhebertvertragsrecht sollen es ermöglichen, ein angemessenes Einkommen aus der Verwertung geistigen Eigentums zu erhalten. Mit dem *Zweiten Gesetz zur Regelung des Urheberrechts* in der Informationsgesellschaft haben wir das Urheberrecht an die Bedingungen des digitalen Zeitalters angepasst. Dabei galt es, zwischen den legitimen Interessen von Urhebern, Rechteinhabern und Nutzern sowie den Erfordernissen einer modernen Wissens- und Informationsgesellschaft und einer zeitgemäßen Kulturpolitik sorgfältig abzuwägen. Mit dem *Gesetz zur Verbesserung der Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums* haben wir das geistige Eigentum insgesamt gestärkt. Zukunftsmodelle wie eine Kulturflatrate wollen wir diskutieren und prüfen.

Bürgerschaftliches Engagement für die Kultur

Die Förderung von Kunst und Kultur ist nicht nur Sache des Staates. Neben Staat und Markt trägt auch die Zivilgesellschaft Verantwortung. Bürgerschaftliches Engagement durch Geld- und Zeitspenden ist für viele Kultureinrichtungen unentbehrlich. Sie ergänzt die öffentliche Kulturförderung. Dennoch war es wichtig, mit dem *Gesetz zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements* dieses vielfältige Engagement zu unterstützen, indem es stärker öffentlich anerkannt, mehr Anreiz zum Stiften gegeben und die Übungsleiterpauschale angehoben wird. Das *Jugendfreiwilligendienstgesetz* stärkt die Freiwilligendienste als besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, die Mittel für die Jugendfreiwilligendienste, zu denen auch das überaus erfolgreiche Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) Kultur gehört, sowie für die Plätze im neuen Programm „Kulturweit“ des Auswärtigen Amtes und des Dienstes „Weltwärts“ des Bundesentwicklungsministeriums zu erhöhen.

Kultur- und Kreativwirtschaft stärken

Kultur ist für uns Träger von Identität, Wert und Sinn, sowie wirtschaftlicher Faktor. Kultur- und Kreativwirtschaft schaffen Arbeitsplätze, bieten wirtschaftlichen Erfolg und Aufstiegschancen. Mit dem *Antrag zur Stärkung der Kreativwirtschaft als Motor für Wirtschaft und Wachstum* haben wir die Vorschläge der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ aufgegriffen, um Kultur- und Kreativwirtschaft zu stärken. Kultur- und Kreativwirtschaft brauchen besondere politische Beachtung insbesondere in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, damit die bisher oft noch ungenutzten Potenziale kultureller und kreativer Arbeit stärker gefördert werden können. Zentrale Probleme des Urheberrechts und der sozialen Absicherung wollen wir im Dialog mit der Kultur- und Kreativwirtschaft lösen.



Verantwortung für die Vergangenheit

Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte prägt unser nationales Selbstverständnis und unsere demokratische Zukunft. Wir haben dafür gesorgt, dass das Konzept für die Förderung von Gedenkstätten durch den Bund in einem ausgewogenen Verhältnis fortgeschrieben und dass der Bereich der „NS-Terrorherrschaft“ und der „SED-Diktatur“ nicht gleichgesetzt werden. Die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU) bleibt als wichtiger Teil der Aufarbeitung der SED-Diktatur erhalten. Mit der *Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes* haben wir die BStU zukunftsorientiert weiterentwickelt und einen erleichterten Zugang für Forschung und Medien geschaffen.

Im November 2007 beschloss der Bundestag ein *Freiheits- und Einheitsdenkmal*, das positiv an die friedliche Revolution im Herbst 1989 und die Überwindung der deutschen Teilung erinnern soll. Wir haben uns dafür eingesetzt, den Beitrag der Leipziger Bürgerinnen und Bürger bei der friedlichen Revolution mit einem eigenen Denkmal in Leipzig zu würdigen. Zusammen mit der Bundesregierung erarbeiteten wir zudem das Konzept für ein „*Sichtbares Zeichen*“ zur Darstellung von Flucht und Vertreibung, an dessen Ende das *Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Deutsches Historisches Museum“* (DHM) stand. Uns war wichtig, dass diese Stiftung in die bestehende Museumslandschaft eingebettet und die historische Ursache für Flucht und Vertreibung klar benannt wird: der vom nationalsozialistischen Deutschland begonnene Zweite Weltkrieg.

Kulturpolitik als Teil der Außenpolitik

Die *Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik* (AKBP) trägt zu einem Austausch durch Kultur bei, stellt Deutschland in der Welt in allen kulturellen Formen und Farben dar und öffnet ein Fenster des Dialogs für eine Vielfalt der Kulturen in Deutschland. Mit der Strukturreform der Goethe-Institute, dem Ausbau der deutschen Auslandsschulen und der verstärkten Förderung des akademischen und wissenschaft-

lichen Austauschs zwischen Deutschland und der Welt haben wir die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und damit Deutschland als Standort von Kunst, Kultur und Wissenschaft gestärkt. Wir wollen, dass die AKBP auch weiterhin als tragende dritte Säule deutscher Außenpolitik, wie von Willy Brandt formuliert, Bestand hat.

Qualität, Vielfalt und Neues fördern

Neben dem Erhalt und der Pflege unseres reichen kulturellen Erbes sowie der Förderung kultureller Einrichtungen und Projekte wollen wir auch zeitgenössische Kunst und Kultur fördern. Mit dem *Antrag zur Stärkung populärer Musik als Bestandteil des kulturellen Lebens* haben wir die Initiative Musik der Bundesregierung begleitet und dafür gesorgt, dass auch das Neue, Unangepasste und Improvisierte mehr wahrgenommen und gestärkt wird.



Film als wichtiges Kulturgut

Der deutsche Film ist sehr erfolgreich und hat eine hohe Qualität. Damit das so bleibt, fördern wir den Film als wichtiges Kulturgut. Mit der *Novelle des Filmförderungsgesetzes* (FFG) haben wir die deutsche Filmwirtschaft gestärkt und die Filmförderung den technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten fünf Jahre angepasst. Uns war es besonders wichtig, dass zukünftig auch soziale Belange der Beschäftigten in der Filmbranche bei der Filmförderung Beachtung finden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die

Filmförderung weiter existiert und dass das FFG und der Deutsche Filmförderfonds so weiterentwickelt werden, dass sie Bestand haben. Zusätzlich fordern wir in dem *Antrag „Das deutsche Filmerbe sichern“* Bund, Länder und Filmwirtschaft auf, in gemeinsamer Verantwortung das deutsche Filmerbe langfristig zu sichern und zugänglich zu machen.

Medienpolitik als wichtiger Bestandteil der Bundespolitik

Für unsere Demokratie ist ein unabhängiges und vielfältiges Mediensystem unverzichtbar. Eine soziale und demokratische Gesellschaft braucht die Freiheit der Information sowie die Vielfalt von Meinungen und Medien, im Inland wie auch über die Deutsche Welle im Ausland. Die deutsche und europäische Medienlandschaft verändert sich tiefgreifend und stellt die Medienpolitik vor große Herausforderungen. Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erhalten und seine Weiterentwicklung ermöglichen.

Für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Wir haben uns – auch gegenüber der EU-Kommission – dafür eingesetzt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland verfassungsrechtlich Bestand hat, sich weiterentwickeln kann und die Qualität des öffentlich-rechtlichen Medienangebotes gesichert bleibt. Mit dem Beschluss „*Zukunftsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks*“ hat sich die SPD-Bundestagsfraktion für den Erhalt und die Fortentwicklung des öffentlich-rechtlichen Medienangebotes und die Fortentwicklung der bewährten dualen Rundfunkordnung in Deutschland ausgesprochen. Wir haben die Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise bei der *Novellierung der EU-Fernsehrichtlinie* sowie die Umsetzung des erreichten Kompromisses mit dem 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag kritisch begleitet. Die gesetzlichen Vorgaben ermöglichen es dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, seinen Funktions-

auftrag auch in der digitalen Welt zu erfüllen, der neben seiner Rolle für die Meinungs- und Willensbildung, neben Information, Bildung und Unterhaltung auch eine kulturelle Verantwortung umfasst.

Schutz und Befähigung im Umgang mit Medien

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche, die eines besonderen Schutzes bedürfen, zu einem verantwortungsvollen und bewussten Umgang mit Medien befähigt werden. Im Februar 2008 haben wir den *Antrag „Wertvolle Computerspiele fördern“* verabschiedet, mit dem wir den 2009 erstmalig verliehenen Deutschen Computerspielepreis für qualitativ hochwertige sowie kulturell und pädagogisch wertvolle Computerspiele initiiert haben. Damit würdigen wir die kulturell und wirtschaftlich wachsende Bedeutung von Computerspielen in Deutschland. Immer mehr Kinder, Jugendliche und Erwachsene verbringen immer mehr Zeit mit Computerspielen, Internet und anderen Medien. Diese exzessive Mediennutzung kann mit suchtähnlichen Erscheinungen verbunden sein. In unserem *Antrag zur Medien- und Online-sucht* setzen wir uns für die Anerkennung von Medien- und Onlinesucht als Krankheit und die Stärkung der Verantwortung und der Kompetenz sowohl von Medienanbietern als auch von Mediennutzern ein.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich auch in den kommenden vier Jahren für Kultur und Medien stark machen.

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN
HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
TEXT: THOMAS FRIEBEL, JOHANNES KOLLBECK **REDAKTION:** VERA NICOLAY
FOTOS: © KLAUS VHYNALEK (TITEL), FRANCESCO FARANNA - FOTOLIA.COM (S. 3), PAVEL LOSEVSKY - FOTOLIA.COM (S. 5), LOTHAR POTNEK (S. 7)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIEN AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Der kulturelle Aufbruch ist gelungen

Bilanz der Kultur- und Medienpolitik

SOLIDARISCHE BÜRGERGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHER STAAT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION